

**Absender
Fraktion
DIE LINKE./BfBB**

Drucksachen-Nr.

0581/2013

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
DIE LINKE./BfBB**

zur Sitzung:

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung,
Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2013**

Haupt- und Finanzausschuss am 10.12.2013

Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 17.12.2013

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 30.09.2013 zum Thema
Wohnbauförderung (Überweisung durch den Rat am 15.10.2013 zu DR-Nr.
0531/2013 an den ASSG, HFA und Rat)**

Inhalt:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB ist als *Anlage* beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Sitzung des ASSG am 24.09.2013 wurde der Antrag der SPD-Fraktion zur Einsetzung einer Zweckentfremdungssatzung vertagt. Es bestand breites Einvernehmen darüber, dass es in Bergisch Gladbach einer breiteren und zielgerichteteren Strategie zur Sicherung und Schaffung von preisgünstigen Wohnungsangeboten bedarf. Im Ausschuss wurde seitens der Verwaltung zugesagt, in der nächsten - also dieser - Sitzung einen Ausblick für einen Runden Tisch "Bezahlbares Wohnen" aufzuzeigen, der seinerzeit bereits im Handlungskonzept des nachhaltigen Flächenmanagements 2010 beschlossen wurde. Mit dem Runden Tisch sollen gemeinsam mit wesentlichen wohnungspolitischen Akteuren der Bedarf, Handlungserfordernisse und -möglichkeiten diskutiert werden. Nicht zuletzt sind

mit den wohnungspolitischen Akteuren - wie der Wohnungsbaugesellschaft, private Investoren, Finanzinstitute etc. - selbst der Einsatz sinnvoller Instrumente abzustimmen. Sie sind es, die Investitionen im Wohnungsbau tätigen und auch Fördermittel für Sozialwohnungen abrufen. Diese privaten Aktivitäten sollten schließlich zielgerichtet durch politische Rahmenbedingungen flankiert und am örtlichen Bedarf ausgerichtet werden.

Vor diesem Hintergrund greift der Antrag der Fraktion der Linken/BfBB in Teilen bereits dem vor, was im Grunde genommen Aufgabe des Runden Tisches werden soll. Aus Sicht der Verwaltung wird daher empfohlen, den vorliegenden Antrag - wie auch den oben genannten Antrag der SPD-Fraktion - im Sinne einer Empfehlung dem Runden Tisch zur Beratung vorzulegen.

Die Zielsetzung sowie die Konzeption des Runden Tisches ist Gegenstand des Tagesordnungspunkts 14.1 in der gleichen Sitzung (Drucksache 0491/2013/1).